

Obligatorische Krankenkasse: Mehrheit der Schweizer wird ab 2014 vom Staat unterstützt

Verläuft die Entwicklung weiter wie bis anhin, hat ab 2014 die Mehrheit der Schweizer Anspruch auf eine Prämienverbilligung bei der obligatorischen Krankenpflegeversicherung.

Das schweizerische Gesundheitswesen kostet rund 52 Milliarden Franken (2004), davon entfällt ein Drittel auf die obligatorische Krankenpflegeversicherung (OKP). Deren Kosten sind im letzten Jahr um 5,4 Prozent auf 19,1 Milliarden Franken angestiegen. Die Zunahme fiel stärker aus als 2003 und 2002, entspricht aber dem langjährigen Durchschnitt seit der Einführung des Krankenversicherungsgesetzes im Jahre 1996.

Die Bruttoleistungen der obligatorischen Krankenkassen beliefen sich im Jahr 2004 für die Versicherten auf durchschnittlich 2595 Fran-



Infrastruktur

Tagesschulen: Worauf warten wir noch?

Alles spricht dafür, aber nur der Tessin kennt die flächendeckende Tagesbetreuung.

1980 wurde in Zürich die erste Tagesschule der Schweiz eröffnet. 1994 lag die Zahl der Kinder, die ihre schulfreie Zeit unbeaufsichtigt verbringen, bereits bei 45 Prozent. Trotzdem verfügen auch im Jahr 2005 von den rund 2500 Gemeinden der deutschen und der französischen Schweiz lediglich 35 über eine richtige Tagesschule. Obwohl viele Eltern und Lehrpersonen ein solches Angebot fordern und fast alle politischen Parteien sowie die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen die Einrichtung von Tagesschulen in ihren Programmen aufführen.

Der Mangel an Tagesschulen bedeutet, dass sich Familie und Beruf für die Eltern sehr oft schlecht vereinbaren lassen. Davon sind hauptsächlich die Frauen betroffen, die heute ebenso gut ausgebildet sind wie die Männer und auf deren Potenzial die Volkswirtschaft in einer alternden Schweiz zunehmend angewiesen ist. Aber auch pädagogische Überlegungen sprechen für die Tagesschule: Unterricht, Freizeit- und Förderaktivitäten, Verpflegung und Hausaufgabenbetreuung finden unter einem Dach statt; Kindern und Lehrern bietet die stabile Tagesstruktur bessere

men, wird auch der Anteil der Bezüger von Prämienverbilligungen stetig wachsen. Nimmt die Entwicklung den gleichen Verlauf wie bis anhin, wird ein Durchschnittshaushalt im Jahr 2014 mehr als 10 Prozent seines verfügbaren Einkommens für die Prämien der obligatorischen Krankenversicherung aufwenden müssen. Im Klartext heisst dies, dass die Mehrheit der Haushalte und damit die Mehrheit der Schweizer dann einen Anspruch auf Prämienverbilligung haben wird. Reformen zur Eindämmung dieser Kostenexplosion – wie Abstriche vom Leistungskatalog – werden dann kaum noch möglich sein, weil ja eine Mehrheit zu den subventionierten Nutznießern gehört. So kommt es unter dem scheinbar harmlosen Titel «Sozialziel» zu einem schleichenden Übergang in ein steuerfinanziertes (und staatliches) Gesundheitswesen. Individuelle Verantwortung und Kostenbewusstsein entfallen dann endgültig.

Voraussetzungen für erfolgreiches Lernen und Lehren.

Insgesamt 4300 Tagesschul-Plätze stehen in der Schweiz momentan zur Verfügung. Dem winzigen Betreuungsangebot steht die grosse Zahl der für einen Platz in Frage kommenden Schüler gegenüber: 153780 Kinder, die sich im Vorschulalter befinden, und 458944, die in die Primarschule gehen. Auch wenn die Schülerzahlen über die nächsten Jahre abnehmen – das BfS rechnet mit 408731 Primarschülern im Jahr 2012, also 50000 weniger –, übersteigt die Nachfrage das Angebot bei weitem.

Nur in Australien

Die Zahl der «Bildungsausländer» ist seit 1990 im Vergleich zu Schweizer Studenten um 95 Prozent angestiegen, auf 21919 im Wintersemester 2003/04.

Für die Beurteilung der internationalen Anziehungskraft eines Bildungsstandorts können verschiedene Kennzahlen herangezogen werden. Gängigste Methode ist die Messung des Ausländeranteils an der gesamten Studentenschaft nach Staatsbürgerschaft. Ein aussagekräftigeres Bild vermittelt deshalb der Anteil so genannter Bildungsausländer, damit sind Studenten gemeint, die beim Erwerb ihrer

Informationstechnologie

Internet-Serviceangebot: Schweiz hinkt hinterher

Durchschnittlich 4000 Franken investierte letztes Jahr jeder Schweizer in Hard- und Software.

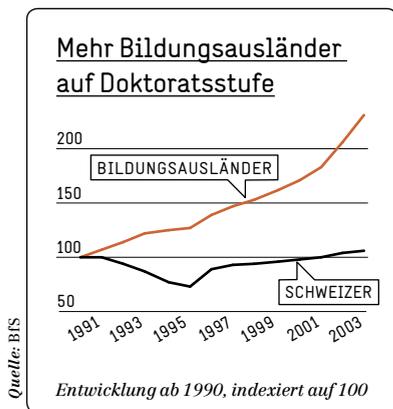
Geht es allerdings um das grundlegende Serviceangebot im Internet – insbesondere der öffentlichen Hand, hinkt die Schweiz hinterher. Laut einer Studie der EU über die «Online Sophistication» (März 2005) liegen die Internet-Nutzungsmöglichkeiten in Ländern wie Irland, Österreich, Grossbritannien sowie in Skandinavien bei über 80 Prozent, in der Schweiz hingegen bei nur 60 Prozent.

In Norwegen oder Schweden ist beispielsweise das papierlose Ausfüllen von Formularen am Computer, etwa für Autolizenzen, Pässe, Stipendien oder Geburtsurkunden, beinahe zu 100 Prozent per Mausclick möglich. In allen EU-15-Ländern lässt sich ebenfalls, mit Ausnahme von Luxemburg, die Steuererklärung vollständig online erledigen, in der Schweiz erst etwa zu 70 Prozent.

sind Hochschulen noch internationaler als in der Schweiz

Hochschulzulassung noch nicht in der Schweiz gewohnt haben, sich also ausschliesslich zu Studienzwecken in der Schweiz aufhalten.

Klare Trends sind bei der Herkunft von Bildungsausländern



auszumachen. Knapp 75 Prozent stammen aus Europa, gut 50 Prozent aus den unmittelbaren Nachbarstaaten. Verfünffacht hat sich seit 1990 die Zahl der Studierenden aus osteuropäischen Staaten wie Russland, Rumänien oder Polen. China stellt die viertgrösste Gruppe ausländischer Studenten, deutlich vor Österreich oder den USA.

Differenzieren lässt sich der Ausländeranteil auch nach Studienstufen. Besonders auffällig ist der Anstieg von Bildungsausländern auf Doktoratsstufe: Rund 40 Prozent der Promotionen werden an Personen ohne Schweizer Pass vergeben. Im Diplomstudium ist ihr

Anteil mit 10 Prozent vergleichsweise gering, variiert jedoch stark nach Universität (ETH Lausanne: 31,7%, Uni Bern: 5,5%).

Vier Hochschulen erreichen einen Wert von über 25 Prozent (Università della Svizzera Italiana, ETH Lausanne, Uni Genf, Uni St. Gallen) und vereinigen damit einen Anteil von fast 50 Prozent am Total der Bildungsausländer auf sich, was auf starke strukturelle Unterschiede in der Hochschul Landschaft hinweist.

Die Einzugsgebiete der einzelnen Universitäten sind vor allem qualitativ bestimmt. Das belegen die von Bildungsausländern bevorzugten Studienrichtungen. Na-

mentlich bei Ingenieur- und Naturwissenschaften, welche vom hervorragenden Ruf der Eidgenössischen Technischen Hochschulen profitieren; da hat sich seit 1990 die Zahl der Bildungsausländer mehr als verdoppelt.

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch ein OECD-Ländervergleich, der 2004 für die Schweiz eine Quote von 17,2 Prozent an ausländischen Studierenden ausweist, was dem zweithöchsten Wert aller untersuchten Staaten entspricht. Nur Australien zieht mehr Studenten an, wogegen der Ausländeranteil in Grossbritannien (10,1%), Deutschland (10,1%) und den USA (3,7%) deutlich geringer ist.

Umweltschutz

Feinstaub-Fehlalarm

Das Empörungspotenzial bei Umweltthemen ist hoch. Dabei geht es der Schweizer Luft immer besser.

Die Aufregung um hohe Feinstaub-Belastungen in Deutschlands Grossstädten entzündete umgehend eine schweizerische Debatte. Das Schweizer Fernsehen schlug Feinstaub-Alarm. Die «Rundschau» meldete, nirgendwo in der Schweiz sei die Luftverschmutzung stärker als im Tessin. Folge seien massiv mehr Atemwegserkrankungen bei Kindern und eine Höchststrafe an Lungenkrebs.

Ziemlich unkritisch werden jeweils Quellen als hieb- und stichfest präsentiert, welche die These vom direkten Zusammenhang zwischen Luftverschmutzung und Erkrankungen stützen. Ebenso wird unterstellt, Grenzwertüberschreitungen würden automatisch die Gesundheit gefährden.

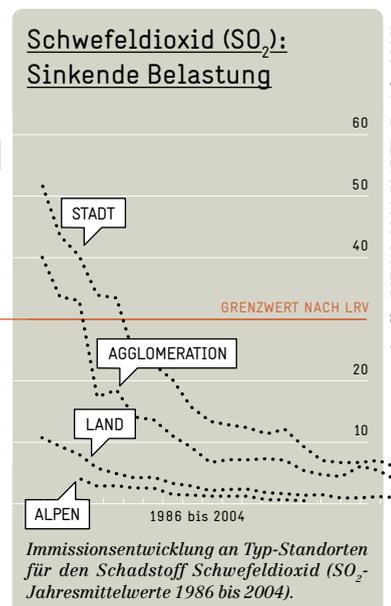
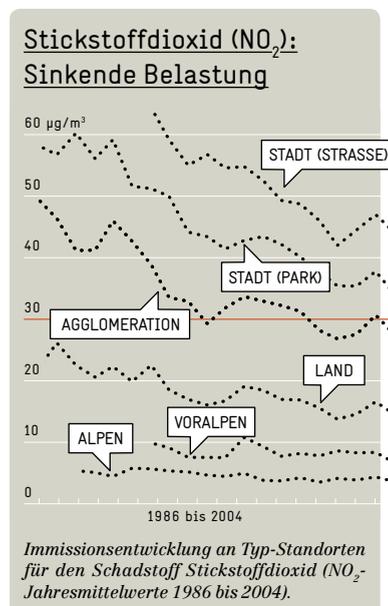
Bei allem Respekt vor dem Vollzug des Umweltrechts: Grenzwerte sind politisch bestimmt und haben kaum je eine gesicherte wissenschaftliche Grundlage im Sinne von medizinisch-epidemiologischer Evidenz haben.

Fälle wie der deutsche Feinstaub-Alarm – der primär stren-

geren EU-Grenzwerten und nicht höheren Luftbelastungen zu «verdanken» ist – lenken die öffentliche Aufmerksamkeit von den tatsächlichen Umweltrends ab. In der BUWAL-Mitteilung zum NABEL-Jahresbericht 2003 (Nationales Beobachtungsnetz für Luftfremdstoffe) lautet die Hauptbotschaft: Der Schweizer Luft geht es immer besser.

Messungen in der Schweiz, Deutschland und vielen anderen Industrieländern zeigen für die mit Grenzwerten belegten Luftbelastungen seit mindestens 15 Jahren klare, zum Teil geradezu dramatische Reduktionen. Die technologischen Fortschritte wirken sich grossflächig aus; dies trifft auch auf Feinstäube zu. Russpartikelfilter für Dieselmotoren werden schon bald eine weitere Reduktion bringen.

Trotzdem fragt sich niemand, weshalb bei rückläufiger allgemeiner Luftbelastung allergische Atemwegserkrankungen (angeblich) zunehmen? Alles deutet darauf hin, dass Zivilisationskrankheiten oft mehrere Ursa-



Quelle: BUWAL 2004 (NABEL-Bericht 2003)

chen haben, über deren Zusammenwirken man wenig weiss.

Ein eindrückliches Beispiel zum fragwürdigen Link zwischen Luftverschmutzung und Atemwegserkrankungen liefert Heinz Hug, deutscher Lehrbuchautor für physikalische Chemie, in seinem Buch «Der tägliche Ökohorror». In vergleichenden Labortests des renommierten Robert-Koch-Instituts in Berlin zeigte sich überraschend, dass die Bewohner der früheren DDR trotz der extremen Luftverschmutzung vor der Wiedervereinigung eine nur halb so hohe Häufigkeit an allergischen Atemwegserkrankungen aufwiesen wie Bewohner der alten Bun-

desrepublik. Dasselbe Bild ergab sich beim Vergleich der Städte Erfurt und Hamburg.

Seit der Wende hat sich jedoch die Häufigkeit der allergischen Erkrankungen bei sinkender Luftverschmutzung in den neuen Bundesländern den Werten der alten Bundesländer angenähert. Vieles spricht dafür, dass auch bei Atemwegserkrankungen multikausale Erklärungen nötig sind.

Hug erwähnt Stressfaktoren, unterstreicht aber auch die grosse Zunahme der Hausstauballergien durch Milben, die im Wohnklima der umweltgesetzlich verlangten besseren Isolierung von Häusern besonders gut gedeihen.